

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 10. bis 13. September 2018

[06-09-2018 - 17:42]

Rede und Debatte zur Lage der Union: Junckers Vermächtnis	3
Acht Monate vor der Europawahl im Mai 2019 werden die Abgeordneten eine Bestandsaufnahme der bisherigen Errungenschaften und Verfehlungen der Juncker-Kommission vornehmen.	
Plenardebatte mit dem griechischen Premier Tsipras über die Zukunft Europas	4
Der griechische Premierminister Alexis Tsipras ist der neunte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.	
Urheberrechtsreform: Abstimmung über Verhandlungsposition des Parlaments	5
Das Plenum wird am Mittwoch über den Standpunkt des Parlaments zur Reform des Urheberrechts für das digitale Zeitalter abstimmen.	
Grünes Licht für das Europäische Solidaritätskorps	6
Die Abgeordneten werden über die Einrichtung des Europäischen Solidaritätskorps abstimmen, das Freiwilligenarbeit für junge Menschen in der gesamten EU ermöglichen soll.	
Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Abstimmung über Einleitung des EU-Verfahrens	7
Die Abgeordneten stimmen über die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens gegen Ungarn ab. Zuvor debattieren sie in Anwesenheit von Premier Orban über die Lage der Rechtsstaatlichkeit dort.	
Verschärfte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	8
Am Mittwoch stehen neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung durch die Verhinderung von Geldwäsche und Verschärfung der Kontrolle über Kapitalströme zur Abstimmung.	
Qualität von Lebensmitteln: Parlament will doppelte Standards verurteilen	9
Ein Produkt, das unter der gleichen Marke und Verpackung verkauft wird, sollte EU-weit die gleiche Zusammensetzung haben, um die Verbraucher nicht irreführen	
„Superbugs“: Verwendung von Antibiotika soll weiter eingeschränkt werden	10
Die wachsende Bedrohung durch multiresistente Bakterien erfordert EU-weite Maßnahmen, um den Einsatz von Antibiotika in den Griff zu bekommen.	
EU-USA: Abgeordnete stellen „America first“-Politik in Frage	11
Die Entscheidung der USA, aus wichtigen internationalen Abkommen, Verpflichtungen und Foren auszusteigen, gefährde die Partnerschaft mit der EU. Es sei jedoch wichtig, sie zu erhalten.	
Weitere Tagesordnungspunkte	12
Weitere Themen auf der Tagesordnung	



Armin WISDORFF

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196
EMAIL: judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126
EMAIL: huberta.heinzel@ep.europa.eu

</news/de/agenda/briefing/2018-09-10>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des wissenschaftlichen Dienstes zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Rede und Debatte zur Lage der Union: Junckers Vermächtnis

Acht Monate vor der Europawahl im Mai 2019 werden die Abgeordneten eine Bestandsaufnahme der bisherigen Errungenschaften und Verfehlungen der Juncker-Kommission vornehmen.

Der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker wird die Debatte mit seiner vierten und letzten Rede zur Lage der Union am Mittwochmorgen im Plenum einleiten.

Juncker wird voraussichtlich eine Bilanz der Arbeit seiner Verwaltung in ihren zehn Schwerpunktbereichen ziehen und ankündigen, was die Kommission vor der EU-Wahl noch erreichen will.

Die Vorsitzenden der Fraktionen werden ihre eigene Bewertung der Arbeit der Kommission und ihre Erwartungen an die EU für die Zeit bis Mai 2019 darlegen.

Debatte: Mittwoch, den 12. September

Verfahren: Erklärung des EU-Kommissionspräsidenten

Weitere Informationen

- [Lage der Union: Zeit, Bilanz zu ziehen und für die Zukunft zu planen](#)
- [Die Debatte zur Lage der Union live](#)
- [Ankündigung der EU-Kommission zur Rede Junckers](#)
- [Frühere Reden zur Lage der Union](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Bewertung der Arbeit der Kommission \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit dem griechischen Premier Tsipras über die Zukunft Europas

Der griechische Premierminister Alexis Tsipras ist der neunte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.

Die Aussprache, an der auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnimmt, findet am Dienstagmorgen ab 9:00 Uhr statt.

Der Präsident des Europäischen Parlaments [Antonio Tajani](#) und Tsipras werden nach der Debatte um 12:45 Uhr eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten.

Anfang Oktober wird der estnische Premierminister Jüri Ratas die Debattenreihe in Straßburg fortführen.

Nach dem irischen Premierminister [Leo Varadkar](#) am 17. Januar, dem kroatischen Premierminister [Andrej Plenković](#) am 6. Februar, dem portugiesischen Premierminister [António Costa](#) am 14. März, dem französischen Präsidenten [Emmanuel Macron](#) am 17. April, dem belgischen Premier [Charles Michel](#) am 3. Mai, dem luxemburgischen Regierungschef [Xavier Bettel](#) am 30. Mai, dem niederländischen Premier [Mark Rutte](#) am 13. Juni und dem polnischen Premier [Mateusz Morawiecki](#) am 4. Juli wird die Aussprache mit Alexis Tsipras die neunte in einer Reihe von Debatten zwischen den Staats- bzw. Regierungschefs der EU und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Europäischen Union sein.

Debatte: Dienstag, den 11. September

Verfahren: Debatte zur Zukunft Europas, ohne Entschließung

Pressekonferenz: Dienstag, den 11. September um 12:45 Uhr

Weitere Informationen

- [Biographie des griechischen Premierministers Alexis Tsipras](#)
- [Europäisches Parlament: Die Zukunft Europas](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Urheberrechtsreform: Abstimmung über Verhandlungsposition des Parlaments

Das Plenum wird am Mittwoch über den Standpunkt des Parlaments zur Reform des Urheberrechts für das digitale Zeitalter abstimmen.

Nachdem die Abgeordneten im [Juli](#) beschlossen hatten, den vom Rechtsausschuss unterbreiteten Vorschlag zu überarbeiten, werden sie nun am Dienstag in einer Plenardebatte darüber diskutieren, für welche Ziele sich das Verhandlungsteam des Rechtsausschusses bei den Gesprächen mit den Mitgliedstaaten einsetzen sollte. Am Mittwoch wird über das Verhandlungsmandat des Rechtsausschusses und alle Änderungsanträge abgestimmt.

Auf der Grundlage dieses Textes können dann die Gespräche zur Kompromissfindung mit dem Rat beginnen, der seinen Standpunkt im Mai 2018 festgelegt hat.

Debatte: Dienstag, den 11. September

Abstimmung: Mittwoch, den 12. September

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 12. September um 14:30 Uhr mit dem Berichterstatter Axel Voss (EVP, DE)

Weitere Informationen

- [Berichterstatter](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Digital single market legislation in progress“ \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Juli 2018 \(05.07.2018\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Grünes Licht für das Europäische Solidaritätskorps

Die Abgeordneten werden über die Einrichtung des Europäischen Solidaritätskorps abstimmen, das Freiwilligenarbeit für junge Menschen in der gesamten EU ermöglichen soll.

Nach der anschließenden förmlichen Verabschiedung des Textes durch den Rat können sich Organisationen und junge Menschen für Projekte im Rahmen des neuen Programms bewerben.

Das Programm ist offen für Teilnehmer im Alter von 17 bis 30 Jahren, die sich [registrieren](#) und für verschiedene Arten von [Projekten](#) bewerben können, die Gemeinschaften und Menschen in ganz Europa zugutekommen – in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Katastrophenvorsorge, die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln oder die Aufnahme und Integration von Migranten und Asylsuchenden. Die Projekte werden von Organisationen durchgeführt, die von der Kommission durch ein "Qualitätslabel" anerkannt werden.

Für den Zeitraum 2018-2020 ist ein Gesamtbudget von 375,6 Millionen Euro veranschlagt. Die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird voraussichtlich noch vor Ende dieses Jahres veröffentlicht. Die Europäische Kommission hat für den Haushaltszeitraum 2021-2027 einen zusätzlichen Haushalt in Höhe von 1,26 Mrd. € für die unter dieses neue Programm fallenden Aktivitäten vorgeschlagen.

Debatte: Montag, den 10. September

Abstimmung: Dienstag, den 11. September

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

- [Der verabschiedete Text wird hier verfügbar sein \(unter folgendem Datum: 11.09.2018\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(11.07. 2018\)](#)
- [Webseite der EU-Kommission zum Solidaritätskorps](#)
- [EP-Hintergrundinformationen](#)

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Abstimmung über Einleitung des EU-Verfahrens

Die Abgeordneten stimmen über die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens gegen Ungarn ab. Zuvor debattieren sie in Anwesenheit von Premier Orbán über die Lage der Rechtsstaatlichkeit dort.

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán wird zu Beginn der Debatte seine Position darlegen.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten war zu dem Schluss gekommen, dass eindeutig die Gefahr bestehe, dass Ungarn ernstlich gegen die Unionswerte verstoßen könne, und hat daher vorgeschlagen, dass das Parlament die Mitgliedstaaten der EU auffordern solle, das entsprechende Verfahren gemäß [Artikel 7 Absatz 1 des EU-Vertrags](#) einzuleiten. So solle einer Bedrohung der Grundwerte der EU, zu denen die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gehört, entgegen gewirkt werden.

Der von [Judith Sargentini \(Grüne/EFA, NL\)](#) erarbeitete Vorschlag für eine Gesetzesinitiative bedarf zur Annahme - und anschließenden Übermittlung an den Rat der EU - der Unterstützung einer absoluten Mehrheit von 376 Abgeordneten und zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Dies wäre das erste Mal, dass das Parlament die Initiative ergreift und die Einleitung von Artikel 7 angesichts einer ernsthaften Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Grundrechte in einem Mitgliedstaat empfiehlt.

Debatte: Dienstag, den 11. September

Abstimmung: Mittwoch, den 12. September

Verfahren: Legislative Entschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 11. September um 14:00 Uhr mit der Berichterstatterin Judith Sargentini

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Lage in Ungarn](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.06.2018\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)
- [Parlament will Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn in Gang setzen \(Pressemitteilung, 17.05.2017\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Verschärfte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Am Mittwoch stehen neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung durch die Verhinderung von Geldwäsche und Verschärfung der Kontrolle über Kapitalströme zur Abstimmung.

Die entsprechende Debatte steht am Dienstag auf der Tagesordnung.

Die derzeitigen Unterschiede zwischen den Instrumenten der EU-Länder, Geldwäschedelikte zu definieren und zu strafrechtlich zu verfolgen, erschweren die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit und schaffen Schlupflöcher für Kriminelle und Terroristen.

Die neuen Maßnahmen, einschließlich EU-weiter Definitionen und Mindeststrafen bezüglich der Geldwäsche, würden die Durchsetzung in diesem Bereich verbessern und hätten einen größeren Abschreckungseffekt.

Die neuen Regeln für den grenzüberschreitenden Bargeldverkehr sollen Schlupflöcher schließen, indem sie die Definition von "Bargeld" auf Gold und anonyme Prepaid-Bankkarten ausdehnen, so dass die Behörden Informationen über Bargeldbewegungen unter der derzeitigen Schwelle von 10.000 Euro registrieren und Bargeld vorübergehend beschlagnahmen können, wenn sie Straftaten vermuten. Schließlich müsste auch "unbegleitetes" Bargeld, das per Fracht oder Post verschickt wird, offengelegt werden.

Debatte: Dienstag, den 11. September

Abstimmung: Mittwoch, den 12. September

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche](#)
- [Berichterstatter: Ignazio Corrao \(EFDD, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche\)](#)
- [Berichtsentwurf über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden](#)
- [Berichterstatter: Juan Fernando López Aguilar \(S&D, ES\) – Überwachung von Barmitteln](#)
- [Berichterstatterin: Mady Delvaux \(S&D, LU\) – Überwachung von Barmitteln](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Überwachung von Barmitteln\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Controls of cash entering or leaving the European Union“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Qualität von Lebensmitteln: Parlament will doppelte Standards verurteilen

Ein Produkt, das unter der gleichen Marke und Verpackung verkauft wird, sollte EU-weit die gleiche Zusammensetzung haben, um die Verbraucher nicht irrezuführen

Dies wollen die Abgeordneten am Donnerstag in einer Debatte und einer Entschließung unterstreichen.

[Tests und Untersuchungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten](#), vor allem in Mittel- und Osteuropa, haben ergeben, dass sich Produkte, die unter dem gleichen Markennamen und mit offensichtlich identischer Verpackung beworben und vertrieben werden, in der Tat in der Zusammensetzung und den verwendeten Zutaten zum Schaden der Verbraucher unterscheiden.

Diese Unterschiede wurden nicht nur bei Nahrungsmitteln wie Fischstäbchen, Fertigsuppen, Kaffee und Erfrischungsgetränken festgestellt, sondern häufig auch bei Non-Food-Produkten wie Waschmitteln, Kosmetika, Toilettenartikeln und Produkten für Babys.

Wenn ein Unternehmen, das ein Produkt, das sich in bestimmten Eigenschaften unterscheidet, in mehreren Mitgliedstaaten in Verkehr bringen möchte, darf es dieses Produkt nicht mit offensichtlich identischer Etikettierung und Markenkennzeichnung versehen, heißt es im Textentwurf. Wenn ein Hersteller ein Produkt individuell gestalten möchte, hat der Verbraucher das Recht, für jedes einzelne Produkt über eine solche Anpassung eindeutig informiert zu werden.

Die Abgeordneten empfehlen mehrere Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene, um das Problem der unterschiedlichen Qualitätsstandards bei Lebensmitteln anzugehen, einschließlich einer raschen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und eines ebensolchen Datenaustauschs, vergleichender Tests, einer besseren Durchsetzung und einer klareren Aktualisierung der [Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken](#), die von der Kommission im April 2018 vorgeschlagen wurde.

Debatte: Donnerstag, den 13. September

Abstimmung: Donnerstag, den 13. September

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf zu zweierlei Qualität von Erzeugnissen im Binnenmarkt](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.07.2018\)](#)
- [Berichterstatterin Olga Sehnalová \(S&D, CZ\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Dual quality of branded food products: Addressing a possible east-west divide“ \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „European Commission guidelines on dual quality of branded food products“ \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Modernisation of EU consumer protection rules: A new deal for consumers“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

„Superbugs“: Verwendung von Antibiotika soll weiter eingeschränkt werden

Die wachsende Bedrohung durch multiresistente Bakterien erfordert EU-weite Maßnahmen, um den Einsatz von Antibiotika in den Griff zu bekommen.

Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Verkauf von Antibiotika durch Angehörige der mit der Gesundheit von Menschen und Tieren befassten Berufe einzuschränken und alle Anreize für deren Verschreibung zu beseitigen. So steht es im Entwurf einer Entschließung, die am Donnerstag verabschiedet werden soll.

Die Kommission sollte eine EU-Liste der wichtigsten Pathogene sowohl bei Menschen als auch bei Tieren ausarbeiten und damit eindeutige künftige Prioritäten für Forschung und Entwicklung setzen. Es sollten Anreize geschaffen werden, um Investitionen in neue Stoffe zu fördern, heißt es im Text.

Das Parlament arbeitet auch an [Rechtsvorschriften](#) zur Begrenzung der präventiven und kollektiven Verwendung von antimikrobiellen Mitteln in der Tierhaltung und. Die Kommission soll ermächtigt werden, eine Liste der für den menschlichen Gebrauch bestimmten Antibiotika zu erstellen.

Debatte: Mittwoch, den 12. September

Abstimmung: Donnerstag, den 13. September

Verfahren: Nichtlegislative Resolution

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zu dem Europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.06.2018\)](#)
- [Berichterstatterin Karin Kadenbach \(S&D, AT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Stronger bacteria, weaker antimicrobial“ \(auf Englisch\)](#)

EU-USA: Abgeordnete stellen „America first“-Politik in Frage

Die Entscheidung der USA, aus wichtigen internationalen Abkommen, Verpflichtungen und Foren auszusteigen, gefährde die Partnerschaft mit der EU. Es sei jedoch wichtig, sie zu erhalten.

In dem Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, betonen die Abgeordneten, dass die Beziehungen zwischen der EU und den USA ein „grundlegender Garant für die weltweite Stabilität“ sind, bedauern jedoch, dass die „aktuelle einseitige ‚Amerika zuerst‘-Strategie den Interessen sowohl der EU als auch der USA schadet“ und das gegenseitige Vertrauen untergräbt

Die Abgeordneten stellen fest, dass die Entscheidung der USA, Stahl- und Aluminiumzölle zu erheben, nicht aus Gründen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt werden kann, und fordern die USA auf, diese aufzuheben, wobei sie auch darauf hinweisen, dass die WTO der beste Ort ist, um Handelsstreitigkeiten beizulegen.

Trotz angespannter Beziehungen halten die Abgeordneten es nach wie vor für wichtig, die Partnerschaft zwischen der EU und den USA bei der Förderung gemeinsamer Werte, Rechte und der Einhaltung des Völkerrechts zu fördern, da andere große Weltmächte wie Russland und China über tragfähige politische und wirtschaftliche Strategien verfügen, die diesen Werten zuwiderlaufen.

Debatte: Dienstag, den 11. September

Abstimmung: Mittwoch, den 12. September

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(28.06.2018\)](#)
- [Entschließungsentwurf über den Stand der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten](#)
- [Berichterstatter Elmar Brok \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Ansprache von Michel Aoun, Präsident des Libanon, *Feierliche Sitzung, Dienstag*
- Ansprache des Ministerpräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Zoran Zaev, *Feierliche Sitzung, Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Bulgarien, Griechenland, Litauen und Polen - Bericht: Janusz Lewandowski, *Abstimmung Dienstag*
- Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft - Bericht: Mark Demesmaeker, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und im politischen Leben in der EU - Bericht: Pina Picierno, *Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*
- Auswirkungen der Kohäsionspolitik der EU auf Nordirland - Bericht: Derek Vaughan, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Zentrales digitales Zugangstor - Bericht: Marlene Mizzi, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Lage in Libyen, Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Stand der Beziehungen zwischen der EU und China - Bericht: Bas Belder, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und freier Datenverkehr - Bericht: Cornelia Ernst, *debate Wed, vote Thu*
- Möglichkeiten der Wiedereingliederung von Arbeitnehmern in hochwertige Beschäftigung nach einer Verletzung oder Erkrankung - Bericht: Jana Žitňanská, *debate Mon, vote Tue*
- Autonome Waffensysteme - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *debate Tue, vote Wed*
- Europa in Bewegung – Agenda für die künftige Mobilität in der EU - Bericht: István Ujhelyi, *debate Web, vote Thu*
- Beziehungen zwischen der EU und Drittländern bezüglich der Regulierung und Beaufsichtigung von Finanzdienstleistungen - Bericht: Brian Hayes, *debate Mon, vote Tue*
- Zukunft der Renten: Bekämpfung der Privatisierung und Stärkung der allgemeinen staatlichen Systeme der sozialen Sicherheit, *Debatte zu einem aktuellen Thema, Mittwoch*